

ROMMELS WITZE

EIN LEHRER will demonstrieren, dass Alkohol schädlich ist. Er füllt ein Glas mit Schnaps und ein anderes mit Wasser. In beide Gläser legt er einen Wurm hinein. Der Wurm im Schnapsglas ist sofort tot. Der Wurm im Wasserglas hingegen windet sich und scheint sehr lebendig zu sein. Der Lehrer fragt seine Schüler: „Welche Erkenntnis gewinnt ihr aus diesem Experiment?“ Einer meldet sich und sagt: „Wenn wir Würmer haben, müssen wir Schnaps trinken.“



Aus: Manfred Rommel, Ulrich Frank-Planitz (Hg.): **Manfred Rommels gesammelte Witze**, 2001, Deutsche Verlags-Anstalt, München, in der Verlagsgruppe Random House GmbH

JOURNAL

Hochhausbrand: Mann springt in Tod

SINDELFINGEN. Bei einem Feuer in einem Hochhaus in Sindelfingen ist gestern ein Mensch ums Leben gekommen. Er sei wahrscheinlich in den Tod gestürzt, um sich vor den Flammen zu retten, sagte eine Polizeisprecherin. Das Feuer brach in der 16. Etage des 21-stöckigen Hauses aus und erfasste mehrere Wohnungen. Flammen seien aus dem Hochhaus geschlagen, sagte ein Feuerwehrsprecher.



Zeugen zufolge gab es eine Explosion. Das Gebäude, in dem rund 500 Menschen wohnen, wurde evakuiert. Der Brand wurde nach Angaben der Feuerwehr etwa zwei Stunden nach Eingang des Alarms gelöscht. Hinweise auf die Ursache gibt es noch nicht. *Is*

STORY DES TAGES

Bedenkenlos baden gehen

Planschen ohne Sorgen um die Gesundheit: Laut der Badegewässerkarte 2014 sind fast alle Seen im Südwesten gut oder sehr gut zum Schwimmen geeignet – darunter auch der **Tiefe See in Maulbronn**. „Wenn jetzt noch das Wetter mitspielt, steht ungetrübten Badefreuden nichts entgegen“, sagte Gesundheitsministerin Katrin Altpeter (SPD) gestern in Stuttgart. Unrühmliche Ausnahmen: Das Strandbad Eriskirch im Bodenseekreis, der Finsterrotter See in der Gemeinde Wüstenrot (Kreis Heilbronn) und der Rheinauer See in Mannheim wiesen mangelhafte Werte vor. *Is*

Weitere Informationen unter: <http://tinyurl.com/ler7dqm>

Motorradfahrer tödlich verletzt

DONAUESCHINGEN. Bei einem Zusammenstoß mit einem Auto ist ein 39-jähriger Motorradfahrer gestern ums Leben gekommen. Zu dem Unglück kam es nach Polizeiangaben, weil eine 78-jährige Autofahrerin in der Nähe von Donaueschingen auf die Landstraße 180 abbog, ohne die Vorfahrt des Motorradfahrers zu beachten. Dessen Maschine prallte mit hoher Wucht gegen den Pkw. Der Mann starb an der Unfallstelle. *Is*

„CDU und AfD sind sich nahe“

PZ-INTERVIEW mit dem Politikwissenschaftler Uwe Wagschal über drei Jahre Grün-Rot und die jüngste Umfrage

DAS GESPRÄCH FÜHRTE
ANDREAS FIEGEL

Die CDU und die eurokritische Alternative für Deutschland (AfD) – passt das in Baden-Württemberg zusammen? Der Freiburger Politikwissenschaftler Uwe Wagschal sagt ja. Der Professor an der Universität Freiburg geht davon aus, sollte die AfD bei der Landtagswahl 2016 den Sprung ins Parlament schaffen und die FDP zugleich an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern, dann werde die CDU eine Koalition mit der AfD anstreben, um Grün-Rot nach fünf Jahren an der Macht in die Opposition zu verbannen.

PZ: Herr Professor Wagschal, Grün-Rot ist seit drei Jahren im Amt. Hat sich Baden-Württemberg verändert?

Uwe Wagschal: Da muss man differenzieren – die Landesgrenzen sind immer noch so wie sie waren (lacht) und am Wohlstand hat sich nichts geändert und die Arbeitslosigkeit ist weiterhin niedrig. Mancher hatte da ja was anderes vorhergesagt. Aber wenn man die politische Kultur anschaut, hat sich schon manches gewandelt. Es wurden viele politische Reformen angepackt, die das Land weiterentwickelt haben.

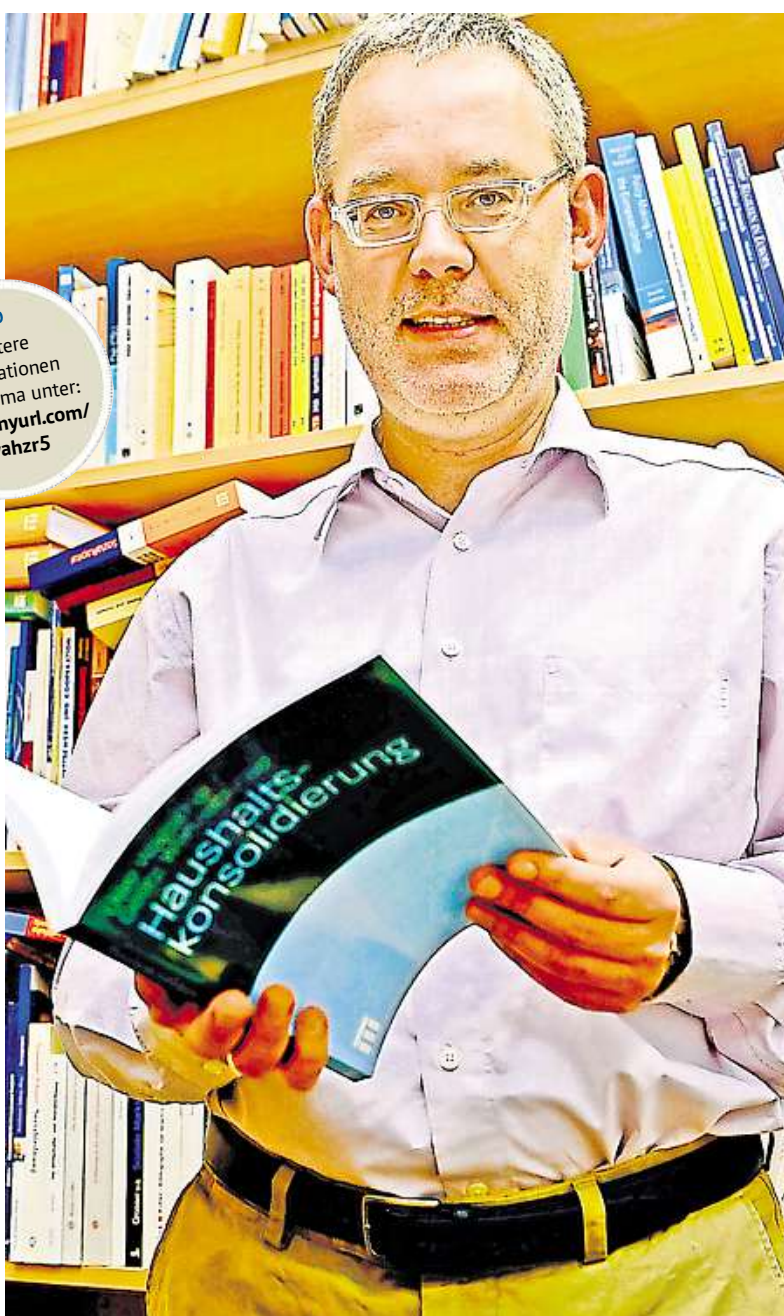
Zum Beispiel?

Es gab viele Reformen im Bildungsbereich, in der Hochschulpolitik, bei der inneren Sicherheit – Stichwort Polizeireform – und der Bürgerbeteiligung. Wenig getan hat sich indes in den Bereichen Verkehr, Soziales und Umweltschutz. Auch in Sachen Integration ist nicht viel herausgekommen, obwohl Baden-Württemberg jetzt ein eigenes Ministerium dafür hat.

Apropos Bildungspolitik: Der Umbau des Schulsystems hat sich als schwerer Brocken erwiesen. Auf gut Schwäbisch gefragt: Verlupft sich Grün-Rot damit?

Wir hatten ja fast schon einen Kollateralschaden. Die erste Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer musste gehen, hatte keinen Rückhalt im Ministerium und ist auch mit der Aufgabe nicht so richtig klar gekommen. Und wenn man sich jetzt die jüngste Umfrage anschaut, gibt es hinsichtlich der Bildungspolitik eine große Unzufriedenheit, was mit den unterschiedlichen Ideologien und Konzepten zusammenhängt. Denn während das Bildungsbürgertum sehr stark am Gymnasium festhält, möchte Grün-Rot mehr Integration, also das Gymnasium für breite Schichten öffnen. Und das führt möglicherweise zu einer Verwässerung des Niveaus.

Angriffsflächen bietet die Koalition auch in der Finanzpolitik. Der Opposition zufolge entwi-



Der Politikwissenschaftler Professor Uwe Wagschal sieht in der Finanzpolitik eine der großen Baustellen der grün-roten Regierungskoalition. FOTO: DPA-ARCHIV

Uwe Wagschal

... ist Professor für Vergleichende Regierungslehre an der Universität Freiburg. Zuvor war der 48-Jährige Professor an den Universitäten Heidelberg und München. Wagschal, geboren in Lauffen am Neckar, hat Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre

studiert. 1996 promovierte er mit einer Arbeit zur Staatsverschuldung an der Uni Heidelberg. Seine Schwerpunkte sind die vergleichende Staatstätigkeitsforschung, direkte Demokratie sowie das politische System der Bundesrepublik Deutschland. *pz*

ckelt Grün-Rot zu wenig Ehrgeiz beim Sparen angesichts sprudelnder Steuerquellen. Haben CDU und FDP recht?

Die Finanzpolitik betrachte ich als eine der wirklich großen Baustellen. Wir sehen hier ein massives Ansteigen der öffentlichen Ausgaben. Allein beim Stellentableau wurde in einigen Ministerien enorm zugelegt. Kaum ein anderes Bundesland hat die Ausgaben so stark erhöht wie diese Landesregierung. Während die CDU-geführten Landesregierungen im Zeitraum von 2000 bis 2010 die Ausgaben um etwas mehr als 15 Prozent auf 35 Milliarden Euro gesteigert haben. Legt Grün-Rot hier ein ganz anderes Tempo vor. Bis 2016 werden die Ausgaben gegenüber 2010 um etwa 29 Prozent auf 45 Milliarden Euro gestiegen

sein, so die Daten der mittelfristigen Finanzplanung. Damit steigen die Ausgaben fast doppelt so schnell wie unter den Vorgängerregierungen. Sparen geht anders.

Die Landesregierung wollte die Politik des Gehörtwerdens zu ihrem Markenzeichen machen. Ist sie diesem Anspruch gerecht geworden?

Das ist ein Bereich, wo man merkt, es dringt auch bis zu dem die Kommunen durch. Die Bürgerbeteiligung, die jetzt ausgebaut wird, findet man bereits viel stärker als früher, was auch dem Wunsch der Bevölkerung entspricht, die das zu 70 Prozent befürwortet. Problematisch fand ich aber, dass Grün-Rot die für sie negativ ausgefallenen kommunalen Abstimmungen über den Nationalpark Schwarz-

wald weitgehend ignoriert hat. Letztlich ergibt sich ein ambivalentes Bild: Wir haben einerseits eine Verbesserung hinsichtlich Bürgerbeteiligung, andererseits wird vor dem Hintergrund der eigenen grün-roten Ideologie nicht immer darauf gehört, was das Volk gerne möchte.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann wird von der Opposition immer wieder vorgehalten, er moderiere und präsidie, statt tatkräftig zu regieren. Ist der Vorwurf gerechtfertigt?

Ich denke, eine Politik, die auf Moderation, Ausgleich und Integration von Interessen setzt, erfährt einen deutlichen Qualitätszuwachs gegenüber einer Politik, die versucht, sich durch bloße Mehrheiten und auf Kosten von Minderheiten durchzusetzen. Dieser neue Politikstil ist den Menschen sicherlich angenehmer.

Der Regierungschef erfreut sich in der Bevölkerung ungebrochen großer Beliebtheit. Was macht den Nimbus Kretschmanns aus?

Kretschmann ist authentisch, er wirkt sehr volksverbunden, er hört zu und ist offen gegenüber anderen Positionen. Das kommt bei den Menschen an.

Nach der jüngsten Umfrage liefern sich Grün-Rot und die CDU ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Es dürfte spannend werden bei der Landtagswahl 2016.

Die Interpretation dieser Umfrageergebnisse ist etwas blauäugig, weil die AfD danach den Sprung ins Parlament schafft und in diesem Fall – da bin ich mir ziemlich sicher – die CDU eine Koalition mit der AfD anstreben wird. Und dann ist es vorbei mit Grün-Rot. Auch wenn es zwischen CDU und AfD gewisse Unterschiede in zentralen Punkten gibt – wie beim Euro und der europäischen Integration –, so sind sich beide Parteien ideologisch und programmatisch doch sehr nahe, wobei es im Bürgertum recht große Überschneidungen gibt. So sind in der AfD zahlreiche ehemalige CDU-Mitglieder vertreten, aber auch Professoren und „klassisches Bürgertum“.

Die FDP wäre der Umfrage zufolge raus aus dem Landtag – und das ausgerechnet in ihrem Stammland. Wie können die Südwest-Liberalen das Blatt noch wenden?

Es wird möglicherweise so kommen wie in der Vergangenheit, dass Leihstimmen das Leben der Liberalen verlängern. Die Chancen sind da, dass sie den Sprung in den Landtag wieder schaffen, zumal sich die Union überlegen wird, ob sie nicht lieber auf das Pferd FDP setzt als auf das Pferd AfD. Vieles kommt aber letztlich auf die FDP-Spitzenkandidat, die Großwetterlage und die Situation im Land an.

AUFGESCHNAPPT

Auf Kritik gebürstet

ANDREAS FIEGEL
PZ-Redakteur



UNDANK IST DER WELTEN LOHN – zumal in der Politik. Ministerpräsident Winfried Kretschmann kann ein Lied davon singen. „Meine Erfahrung über 30 Jahre Politik ist, dass man sich von Lob, Anerkennung und Dank freimachen muss. Das führt nur zu Enttäuschungen“, bekannte der Grünen-Politiker jüngst bei der Regierungspressekonferenz in Stuttgart. Kretschmann begründete dies mit dem „Wesen der parlamentarischen Demokratie und der Mediengesellschaft“, die mehr auf Kritik und Defizite orientiert seien und man deshalb „eher mit Tadel rechnen muss als mit Lob“. Sein Rezept gegen Undank: „Manchmal lobt man sich dann halt selbst.“ Kretschmann war gefragt worden, ob er erwarte, dass der grün-roten Koalition die auf den Weg gebrachte Reform von Instrumenten der direkten Demokratie groß gedankt werde – etwa bei der Kommunalwahl am 25. Mai.



Kretschmann

SPITZENPOLITIKER sonnen sich gerne in ihrer Popularität. Aber mit dem Bekanntheitsgrad ist es so eine Sache. Auf lokaler Ebene sind sie zumeist bekannt wie der sprichwörtliche bunte Hund. Aber Landesweit? Infrage gestellt wurde es genau wissen. Und siehe da, bei manchem Spitzenpolitiker ist es mit der Bekanntheit im Volk nicht so weit her. Klar, Ministerpräsident Winfried Kretschmann kennt fast jeder (95 Prozent). Auch Superminister Nils Schmid (SPD) kommt auf einen passablen Wert von 81 Prozent. Bei CDU-Landeschef Thomas Strobl antwortete indes jeder Vierte (26 Prozent) spontan mit „kenne ich nicht“, bei Landtagspräsident Guido Wolf (CDU) waren es 39 Prozent. Noch härter muss es FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke treffen: Sein Name sagte 56 Prozent der Befragten gar nichts. Der Pforzheimer sieht indes keinen Grund, deswegen „in Sack und Asche“ zu gehen. Denn im Umkehrschluss bedeute dies, dass ihn immerhin 44 Prozent kennen würden, kontert Rülke. Für einen Landespolitiker der FDP, der die kleinste Fraktion führt, sei das das doch ein guter Wert.



Rülke

Henris Traum vom Gymnasium ist geplatzt

Grün-Rot entscheidet: Schule darf behinderten Jungen ablehnen – Kultusminister empfiehlt Bildungseinrichtung mit Integrationserfahrung

HENNING OTTE
STUTTGART/WALLDORF

Der geistig behinderte Henri aus Walldorf (Rhein-Neckar-Kreis) darf nicht auf sein Wunsch-Gymnasium wechseln. Kultusminister Andreas Stoch (SPD) entschied nach monatelanger Diskussion, den Beschluss des Gymnasiums gegen die Aufnahme des Elfjährigen in die fünfte Klasse nicht aufzuheben. Der elfjährige Junge mit Down-Syndrom solle „die bestmögliche pädagogische und sonderpädagogische Förderung“ erhalten. Bedingung dafür sei aber,

„dass Henri an der Schule willkommen“ sei, erklärte der SPD-Politiker gestern in Stuttgart. Ein Gymnasium und auch eine Realschule in Walldorf hatten Henri abgelehnt, weil sie sich mit dieser Aufgabe überfordert sahen.

Die Entscheidung des Ministers war mit Spannung erwartet worden, weil Grün-Rot im Koalitionsvertrag versprochen hat, Eltern von behinderten Kindern ein Wahlrecht einzuräumen. Demnach sollen sie nach einer Beratung selbst entscheiden können, ob ihr Kind eine Sonderschule oder eine reguläre Schule besucht. Stoch empfahl Henri Eltern, die



Enttäuscht: der geistig behinderte Viertklässler Henri. FOTO: DPA-ARCHIV

monatelang für eine Aufnahme am Gymnasium gekämpft hatten, die Werkrealschule sowie zwei Gemeinschaftsschulen in der Nähe. Diese Schulen hätten Erfahrung mit der Integration behinderter Kinder. Der Minister ermahnte zugleich das Gymnasium und die Realschule: „Ich erwarte aber von ihnen, dass sie sich intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen, um für diese Aufgabe, die ab 2015 Schulen aller Schularten betrifft, gut vorbereitet zu sein.“

Die Eltern wollten, dass ihr Sohn nach den Sommerferien wie die meisten seiner Mitschüler auf das Gymnasium wechseln darf –

auch wenn er dem Unterricht geistig nicht folgen und auch das Abitur nicht schaffen könne.

Das Gymnasium hatte die Ablehnung damit begründet, es gebe nicht die nötigen Rahmenbedingungen für den gemeinsamen Unterricht mit geistig Behinderten. Auch die Realschule in demselben Schulzentrum weigerte sich, Henri im Zuge eines Modellversuchs aufzunehmen.

Die Vorsitzende des Elternbeirats am Walldorfer Gymnasium, Regina Roll, zeigte sich erleichtert. „Das ist das, was ich eigentlich erwartet habe, aber ich bin froh, dass es nun offiziell ist.“